

Saale-Zeitung.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Ztg., welche eine Seite mit 20 Ztg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Mühlstraße 68, I. Stockwerk unteren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntes die Seite 75 St. für Post und auswärts 1 Mt.

Ercheim täglich einmal. Sonntags und Feiertage einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweiger Str. 17; Fernsprechamt: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Mühlstraße 68, I.; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 264.

Halle a. S., Mittwoch, den 9. Juni.

1909.

Ein missglückter Streich.

„1912?“

Ein neue Sensationschrift, die angeblich einen italienischen Admiral, der, wie eine gewisse Reklame in Rom munkelte, schon Marineminister und Minister des Auswärtigen gewesen sei, zum Verfasser haben soll!

Es ist gewiß kein Zufall, daß die Sensationschrift „1912?“ gerade in dem Augenblick auf den Markt geworfen wurde, als die italienische Armee zusammen mit dem französischen Besatzter das flüchtigste Gedächtnis der Waffenkammer der 1859 feierte, durch die Oesterreich aus der Lombardie verdrängt und der entscheidende Schritt zur Besetzung Italiens von der Fremdherrschaft getan wurde. Wie der „Römischen Ztg.“ aus Rom geschrieben wird, bringen römische Journalisten diese Dinge in unmittelbarer Zusammenhang und lügen den anonymen Verfasser im Freudenkreis des Hauses Barzani. Denn schon zwei Tage nach dem Erscheinen des Buches beschränkt sich das ganze Interesse daran nur noch auf die Frage, wer das Manuskript verbrochen hat. Um den Inhalt kümmert sich fast niemand mehr, nachdem festgestellt ist, daß weder Morin noch Canadaro noch irgend ein Marinemann von Ruf damit zu tun haben, und daß der Verfasser höchstens ein Dilettant in journalistischen Dingen sein kann, wie er auch nur ein Dilettant in der auswärtigen Politik ist.

Er geht von der ebenso unfinnigen wie hösrischen Voraussetzung aus, daß im Jahre des Wraufs des Dreißundzwanzigsten der österreichische Kaiser Franz Ferdinand unversehens mit seiner ganzen Heeresmacht Italien überfallen werde; daher ist es notwendig, heute schon am Vorläufigen Meer umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, einen neuen Kriegsschiffen an der dortigen Küste anzulegen und eine Militärdocke hierfür wie für Verstärkung der italienischen Flotte auszugeben. Mit ihrer angeborenen Schwäche für Sensationelles hat die Tagespresse in Rom fast insgeheim die ihr vor der Herausgabe der Schrift zugefallene Inhaltsangabe getreulich abgedruckt, aber damit war ihr Erfolg auch abgetan; kein einziges ernsthaftes Blatt hat dem Gedankengang von „1912?“ irgendwie zugestimmt, vielmehr lauten die Urteile der Zeitungen durchweg ablehnend. Der „Popolo Romano“ erklärt, dem Verfasser fehle das einfachste Handwerkszeug für die auswärtige Politik, sein Buch sei offenbar das Erzeugnis eines bösen Traums, und man könne Italien nur wünschen, daß seine Geschicke niemals in unsicheren Händen anvertraut würden. Im „Corriere“ d'Italia“ behandeln zwei mit der Marine verbundene Männer den Anonymus als einen Späzvogel, dem die elementarsten technischen Kenntnisse fehlen, und seine Arbeit als eine „recht klägliche Glutkoration“. Der „Corriere della Sera“ findet sich am nächsten damit, daß er, erinnert heilförmig an die Reklame der französischen Presse für die Schrift und führt dann, nachdem der Berg endlich geboren hat, der Verfasser damit ab, absurdum, daß er daran erinnert, Oesterreich habe auch ein Landheer, und es genüge daher zur Abwendung der propheetischen Katastrophe von 1912 nicht, zur See doppelt so stark wie Oesterreich zu sein. Die „Tribuna“ findet es verfehlt, daß der sogenannte Verfasser die Notwendigkeit einer Verstärkung der Marine nur mit der Möglichkeit eines Krieges mit Oesterreich begründet; vielmehr müsse der Vergleich mit dem mächtigen Nachbarstaat zu dem Ergebnis führen: Wenn Oesterreich zum Schutz seines einzigen Meeres eine starke Flotte baut, so muß Italien, das drei Meere zu verteidigen hat, mindestens doppelt so stark sein. Die radikale „Rivista“ endlich, die sonst nie abgeneigt war, am Dreißundzwanzigsten gegen Oesterreich zu stehen, bespricht die anonyme Schrift in der falschen Voraussetzung, der Verfasser sei Canadaro, und fragt dann:

Wenn unsere leidenden Persönlichkeiten so offen von einem neuen Zusammenstoß mit Oesterreich reden, wie kann man es dem benachbarten Kaiserreich verzeihen, wenn es nicht an die Verantwortlichkeit unserer Fremdenpolitik glaubt?

Diese Proben mögen genügen, um zu zeigen, daß die Meinung der Großhörer „1912?“, Eindruck auf die öffentliche Meinung Italiens in dreißundzwanzigster Sinne zu machen, nicht gelungen ist. Der Streich ist missglückt, und im günstigsten Falle kann es den Unternehmern noch gelingen, mit Hilfe der bunten Einbandbände wenigstens ein buchhändlerisches Geschäft zu machen. Die ernsthafteste Welt in Italien hofft auf andere Ratgeber als auf vertrappte Sensationsromane. Zufällig kommt gleichzeitig mit dem deutschen Buch „1912?“ das „Jahrbuch der Nuova Antologia“ heraus, und diese angelegentlich und einflussreichste Zeitschrift Italiens, nicht dem Wiener Schriftsteller Fritz Lehmann das Wort über die Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien. Hier spricht ein Oesterreicher zu den Italienern, vertritt die eindringlich die guten Einnahmen seiner Nation und tritt für eine Lega austro-italiana ein, um zu einem

dauerhaften herrlichen Verhältnis zwischen den beiden Staaten zu gelangen. Für diese friedliche Stimme werden die Italiener ohne Zweifel Verständnis haben, und sie werden bei einem Nachdenken auch gewiß zu der Erkenntnis gelangen, daß eine starke österreichische und eine starke italienische Flotte, zur Durchführung einer gemeinsamen Mittelmeerpolitik verbunden, manchem andern Gegner Schach bieten und wirksam über die Interessen der Verbündeten im Mittelmeer wachen können.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Das Kaiserpaar wird, wie nunmehr entschieden ist, am 20. Juni nachmittags in Hamburg mit der Bahn eintreffen, um sofort zum Rennen in Horn zu fahren. Die Kaiserin reist nach Wien, während der Kaiser auf dem Sapaqdamper „Kronprinzessin Cecilie“ an den St. Pauli-Landungsbrücken Wohnung nimmt.

Flüchtigkeitsfehler!

Wie flüchtig die Vorschläge der Rumplommision gearbeitet und wie hallois sie begründet sind, das ist schon wiederholt nachgewiesen worden. Als Dr. Pachtke teilt in der „Wolff. Ztg.“ zwei weitere Beweise dafür mit, die noch nicht genügend bekannt geworden sind.

Ein Zentrumsmitglied, das sehr viel schreibt und spricht, meinte, schon durch eine einmalige Befestigung der Fideikommiss 500 Millionen erzielen zu können. Man wies ihm nach, daß er in eine falsche Spalte der Statistik geraten war und daß in Wirklichkeit nicht 500, sondern nur 16 Mill. herauskämen. Zweiter Fall: Ein Agrarier, der den Kampf gegen die Nachtfliegen leitet, errechnete gewaltige Erträge aus der Verjüngungschneise, und zwar schon mit Rücksicht darauf, daß „es in Deutschland 700 Städte mit über 100 000 Einwohnern gebe“. Von freistehiger Seite wurde er auf das Statistikjahrbuch für das Deutsche Reich verwiesen, welches — 44 Städte mit mehr als 100 000 Seelen“ aufweist. Der Agrarier konnte nur noch bitten, daß man „nicht aus einer momentanen Versehen nicht richtig weitergegebenen Zahl Schiffe auf die Zuerlässigkeit seiner sonstigen Gründe ziehen“ möge.

Technisches von der Zeppelinfahrt.

Freiherr von Gemmingen bringt in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ einen längeren, sehr interessanten Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Nachdem nähere Nachrichten über die Flügelfahrt des „Zeppelin 2“ zur Verfügung stehen, ist es möglich geworden, im Anschluß an die Beschreibung von 3. Juni weitere technische Einzelheiten und Verhältnisse der ersten Angaben zu geben. Bei der Schilderung des ersten Falls der Fahrt war angenommen worden, daß das Luftschiff, das durch Regen stark behindert war, die Gewichtszunahme teilweise durch Ballastgeben ausgeglichen habe. Diese Annahme ist unrichtig; der Regen fehlte ein, als das Luftschiff mehr als 5 Stunden unterwegs war und schon etwa 200 Kilogramm Benzin verbraucht hatte, mithin leichter geworden war. Es konnte also die Behinderung rein durch dynamische Mittel ausgeglichen und Ballastgeben vermieden werden. Das Luftschiff hat überhaupt von seinem 600 Kilogramm betragenden Wasserballast keinen Tropfen verbraucht und bei der Landung bei Göttingen noch vollgefüllte Wasserfässer gehabt. Graf Zeppelin hat dies in seinem ersten Telegramm dem Kaiser gemeldet, aber leider blieb bei der Veröffentlichung des Depeschenwechsels diese so überaus wichtige Tatsache unerwähnt und doch ist sie gerade besonders geeignet, eine volle Bewertung des starken Systems zu gestatten.

Bekanntlich war am 4. August 1908 das Zeppelinsche Luftschiff zu einer bedeutenden Zwischenlandung bei Oppenheim genötigt gewesen, da die Tragfähigkeit plötzlich abnahm. Die Gründe für diesen Vorfall sind noch nicht ganz aufgeklärt, sie liegen aber in erster Linie darin, daß nach dem Schachfall werden des einen Motors die dynamischen Kräfte des Luftschiffes zu gering wurden und daß die Führung mit dem Fahrzeug noch nicht völlig vertraut war. Diese Landung bei Oppenheim benutzten nur die Gemner des starken Systems zur Beobachtung, die Zeppelinschiffe konnten überhaupt nicht 24 Stunden fliegen, da sie für diese lange Flugdauer zu schwer seien. Die Flügelfahrt des „Zeppelin 2“ hat diese Annahme entkräftet. Es ist der Beweis für die Richtigkeit der vom Grafen Zeppelin aufgestellten und vielfach angefochtenen Behauptung, daß seine Luftschiffe länger als 25 Stunden fliegen können, für alle Verhältnisse erbracht. Zu diesem ausgezeichneten Verhalten des „Zeppelin 2“ trug sicherlich eine Eigenschaft bei, die nur dem starken Luftschiff eigen ist. Die Gaszellen sind nicht unmittelbar der Sonnenstrahlung ausgesetzt, sondern es liegt zwischen ihnen und der äußeren Schutzhülle ein 20 Zentimeter breiter Raum, den während der Fahrt ein kräftiger Luftstrom durchströmt, der das Gas vor zu starker Erhitzung schützt. Wenn trotzdem der Gasverlust von 1600 Kubikmetern bedeutend erscheint, müßte man zum Vergleich ein unflarres Luftschiff, das seine Schutzhülle hat, während derselben Zeit so starker Bekämpfung aussetzen und man würde

den Unterschied sofort zu ungunsten des unflarren Fahrzeuges erkennen. Bis jetzt haben sich das Militärluftschiff und der „Parasol“ einer solchen Probe noch nicht unterzogen und ehe sie diese Bestanden haben, entbehren alle Behauptungen ihrer Erbauer, daß ihre Fahrzeuge großen Dauerleistungen gewachsen seien, der Beweisstrafe.

Zeppelin-fernfahrt und Luftkreuzer-Bau.

Auf den 5. Juni waren Mitglieder des Reichstages und des Reichstags am Grafen Zeppelin eingeladen, die Luftschiffbau- und Verfertigungs-Anlagen in Manzell zu besichtigen und, soweit es sich im Laufe eines Tages bemerkbarstellen ließ, an den Vorarbeiten des neuesten Zeppelinschiffes Bauart teilzunehmen. Es ist recht bedauerlich, daß die Veranstaltung infolge des Unfalles, den „Zeppelin 2“ auf der Rückfahrt nach Friedriesshafen infolge eines Verfehlers bei der Steuerung erlitten hat, auf unbestimmte Zeit vertagt werden mußte. Für die Oben und Aufgaben, in deren Dienst sich die mit der Millionenpende des deutschen Volkes begründete Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft stellt, hätte es keine bessere Empfehlung geben können als die persönliche Inaugenscheinnahme und Prüfung des bisher Erreichten durch Vertreter der Verbündeten Regierungen und der Nation. Aber auch ohnehin liegt angeht des Verlaufs und der Ergebnisse der letzten Fernfahrt die Bedeutung des großen Wertes, das der persönlichen Aufsicht und Leitung des Grafen Zeppelin anerkannt ist, offen vor aller Augen. Es kann jetzt nicht länger bestritten werden, daß die Luftschiffe Zeppelinscher Bauart die meisten Eigenschaften besitzen, auf die vom Standpunkte der Heeres- und der Marineverwaltung hauptsächlich Wert gelegt werden muß. Voranberuht in eine Tragfähigkeit, die zur Mitnahme eines für die Bedienung des Luftschiffes ausreichenden Personals und der erforderlichen Ausrüstungsgegenstände ausreicht, vorhanden ist eine auch bei weniger günstigem Wetter zuverlässige Betriebsfähigkeit und Navigationsfähigkeit, vorhanden ist ein nach teilweisem Gasverlust und bei vermindertem Motorenkraft und Steuerfähigkeit noch ausreichende Eigenbewegung, vorhanden ist endlich ein Aktionsradius von etwa 500 Kilometern, der bei einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 30—40 Kilometern in der Stunde einer Fahrtzeit von 25 bis 35 Stunden entspricht. Es ist ferner als sicher anzunehmen, daß die Leistungsfähigkeit und Brauchbarkeit der Luftkreuzer durch Anlage von Luftschiffen bestehende Verbundverbände, sowie durch funktelegraphische resp. optische Signalverbindungen mit der Groberleide — bei dem Militärluftschiff Graf II haben betriebl. Vorteile in den letzten Tagen festgestellt — beträchtlich gesteigert werden kann. Angesichts dieses Tatsachens drängt sich die Frage auf, ob nicht die Beschaffung von Luftkreuzern für militärische Zwecke energischer und in größerem Umfange als bisher betrieben werden sollte. Der deutsche Militärluftschiffbau ist allerdings gegenwärtig allen ausländischen Flugflotten weit voran. Aber es besteht doch die Möglichkeit, daß die unermüdbaren, keine Mühe und Kosten scheuenden Bestrebungen, die im Ausland, besonders in England und Frankreich, der Flügelmacht gewidmet werden, ihr Ziel erreichen. Dieses Ziel heißt Ueberflügelung Deutschlands in der Ausnutzung des neuen Transport- und Kampfmittels für militärische Zwecke. Es ist berechtigt, daß die öffentliche Meinung dieser Eventualität mit Verwunderung und Unbehagen entgegensteht. Tatsächlich würde es im Lande nicht verstanden werden, wenn der Vorteil, über den Deutschland auf dem Gebiete der Militärluftschiffahrt gegenwärtig zweifellos verfügt, nicht mit überhöhter Kräfteanstrengung ausgenutzt würde. Der Umstand, daß auch mit dem Zeppelin I über den weiteren im Bau befindlichen Luftkreuzern noch nicht das letzte Wort im Luftschiffbau gesprochen ist, darf davon nicht abhalten. Wenn ein solcher Grund richtig wäre, hätten auch keine Kriegsschiffe gebaut werden dürfen. Ebenso sollte die Rolle der Luftschiffe keine Rolle spielen, nachdem die Nation durch die Sammlungen für den Grafen Zeppelin ihre Opferwilligkeit für die Beschaffung von Mitteln zur „Eröberung der Luft“ bewiesen hat. Es darf erwartet werden, daß der Deutsche Reichstag, noch ehe er in die große Sommerpause eintritt, die Luftkreuzerfrage vom Standpunkte der modernen Kriegsführung in den Kreis seiner Erörterungen zieht.

Die Interpellation Pachtke

über die Mecklenburgische Verfassungsurfrage hat schon Frucht getragen, noch ehe sie im Reichstage zur Verhandlung gekommen ist. Wie von Schwerin aus mitgeteilt wurde, ist der Beginn der parlamentarisch-deputationsfür Verhandlungen wegen Änderung der bestehenden Verfassungsurfrage auf den 25. August festgesetzt worden. Das man diese Arbeit, die erst nach mehr als zwei Monaten in Erfüllung gehen soll, für zu vor dem Ende bekannt gibt, an dem die Debatte über die Interpellation stattfinden werden, ist natürlich kein Zufall. Man will damit beweisen, daß es eines Eingreifens der Reichsorgane nicht bedarf, um die Reform im Laufe der Durchführung zu bringen. Wer indes die Sachlage kennt, mit der die mecklenburgische Ritterchaft an ihrem Vorrecht festhält, wird von den neuen Verhandlungen nur denselben Erfolg erwarten, den alle früheren hatten, nämlich keinen. Die Privilegierten lenken erst ein, wenn sie sich unmittelbar vor der Eventualität sehen, daß die Bundesstaaten von Reichs wegen verpflichtet werden, eine gewählte Volksvertretung einzuführen. Dafür zu wirken, ist der Zweck der

Interpellation, und eben deshalb wird sie auch durch „kommissarisch-deputatliche Verhandlungen“ keineswegs überflüssig gemacht.

Unbegreiflichkeiten in der Reichsfinanzreform.

Zur Reichsfinanzreform meldet der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“: Die Konferenz der Finanzminister der Bundesstaaten, in der zu den Beschlüssen der Finanzkommission Stellung genommen und über den Entwurf: Erbschaftsteuer und Ergänzungssteuern beraten werden soll, wird wahrscheinlich zwei Tage dauern. Die Sache hat Eile, und es gehört zu den Unbegreiflichkeiten in der Geschichte der Finanzreform, daß die Vor schläge der Regierung über entscheidende Teile derselben noch nicht in sieben Monaten fertig sind. Man hätte annehmen sollen, daß die Regierung von dem Augenblicke an, wo sie auf die Nachlasssteuer verzichtet mußte, so schnell wie möglich mit dem Erlaß für diese, namentlich mit der Erbschaftsteuer herausgetreten wäre. Der Mangel an gleichmüthiger Führung kommt hier zum Ausdruck, und die Unsicherheit, die hierdurch in der öffentlichen Meinung und in den Parteien hervorgerufen wurde, hat es verhindert, daß die Konventionen mit Hilfe des Zentrums ein eigenes Programm, angelehnt an die Beschlüsse, in der Kommission einbrachten und durchgeführt haben.

Parlamentarisches.

Unter den Resolutionen des Reichstages zum Militärretat

findet sich auch eine, durch welche die Heeresvermehrung erzwungen wird. Die Stellen der Plazmajorat künftig nur mit pensionierten Offizieren zu besetzen; ebenso sollen die Beamtenstellen im Generalstab inaktiven Offizieren vorbehalten sein. Es wurde durch diesen Beschluß beabsichtigt, die Verlegung verabschiedeter Offiziere zu erleichtern. Wie wir hören, hat der erste Teil der Resolution keine Aussicht auf Verwirklichung. Denn die vorhandenen 35 Stellen der Plazmajorat werden grundsätzlich mit vorübergehend für den Frontdienst untauglichen Kompagnieführern besetzt, denen hierdurch die Möglichkeit zur Wiedererlangung ihrer Feldkommandofähigkeit gegeben wird. Wären nun die Stellen der Plazmajorat inaktiven Offizieren vorbehalten, so müßten solche Kompagnieführer dauernd verabschiedet werden. Beim Generalstab sind bereits heute 8 Stellen für inaktive Offiziere vorhanden. — Eine weitere Resolution fordert die Errichtung von Pensionskassen für die Arbeiter der Militärverwaltung. Die Erörterungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Die Arbeiter selbst widerstreben teilweise der Einrichtung solcher Kassen, weil sie eine Verberberung ihrer Lage nicht beabsichtigen. Denn sie würden einmal beitragspflichtig und außerdem tritt unter Umständen dadurch eine Kürzung der Invalidenrente ein.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Saale-Ztg.“ geschrieben: Die nationalberatern und die freisinnigen Mitglieder der Reichsfinanzreform werden an der am 12. Juni stattfindenden Sitzung der Kommission zwecks Feststellung des Berichtes teilnehmen. Entsprechend der früher abgegebenen Erklärung haben diese Parteien lediglich wegen Verletzung der Geschäftsordnung an der Beratung der neuen Steuerentwürfe nicht teilgenommen. Der Mitwirkung an der Feststellung des Berichtes werden sie sich ebenfalls enthalten, wie der Mitwirkung an der Beratung der Regierungsvorlagen.

Parteinachrichten.

✓ Eine Resolution gegen die Maizeiser hat die in Frankfurt a. M. tagende Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes mit 129 gegen 51 Stimmen angenommen. Es heißt in der Resolution, daß die Maizeiser durch die Arbeitsruhe ohne eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft unmöglich sei. Auch sei sie faktisch und arbeitslos als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen. Daher könnte die Beteiligung an der Arbeitsruhe nicht den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht werden, sie wird den einzelnen unter Tragung der Kosten überlassen.

Schule.

Berlin, 8. Juni. Der Unterrichtsminister hat in einer vor kurzem an die Provinzialhochschulcollegien gerichteten Verfügung gestattet, daß Volksschullehrerinnen, welche die Befähigung für das Lehramt an Mittels- und höheren Mädchenschulen erwerben wollen, auf ihren Wunsch noch bis Ostern 1912 an der bisherigen Ergänzungsprüfung in Deutsch, Französisch, Englisch und Geschichte zugelassen werden dürfen.

Allgemeine Mitteilungen.

— In der Nat.-Ztg. wird die Bekämpfung von Wasserfahrzeugen für den Sport, von futuristisch ausgestatteten Ruder-, Segel- und Motorbooten vorgeschlagen.

— Am 18. Juni wird in den Anstalten zu Berlin eine Professionsausstellung des deutschen Ständebundes mit Tabak stattfinden, um in wirksamer Weise Stellung zu den schwebenden Tabaksteuerprojekten zu nehmen.

Dresden, 9. Juni. In der gestrigen Vorstandssitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg zum Präsidenten und Botzhafter a. D. v. Holleben zum geschäftsführenden Vizepräsidenten wiedergewählt.

Breslau, 9. Juni. Der Zentrumsführer und Vorsitzende des preussischen Abgeordnetenhauses Justizrat Dr. Forch wurde zum Geheimen Justizrat ernannt.

— Von der Ausräumung in Hamburger Baugewerbe sind zunächst 6500 Bauarbeiter betroffen worden. Diese Zahl wird sich jedoch noch erheblich erhöhen, da eine genauere Feststellung erst in den nächsten Tagen möglich sein wird.

— Das großartigste Projekt einer elektrischen Leberlandzentrale für ganz Rheinhesien ist nunmehr gefestigt, nachdem zugleich den Kreisämtern Worms, Oppenheim, der Kreisinspektion Mainz und der Rheinischen Eisen-

Gesellschaft sowie den Siemens-Schuckertwerken ein Vertrag abgeschlossen wurde, wonach insgesamt ca. 100 Dampfschiffe einen Bestand zur Errichtung eines Gruppenverkehrsnetzes in der Ostsee zu erstellen sollen. Die Zentrale kommt zwischen Osthojen und Rhein-Dürkheim.

— Sämtliche Arbeiter der Stadt Kiel sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in einen Streik eingetreten, so daß die Abfahr völlig stockt.

See- und Flotte.

× Wilhelmshaven, 8. Juni. Das auf der Werft von Joh. C. Tecklenburg A.G. in Gesehmede in Bau befindliche Schlachtschiff „Seydlitz“ soll am 15. Juli d. R. ohne jede Tauffeierlichkeit von Stapel gelassen werden. Das Kanonenboot, welches von ba ab den Namen „Otter“ führen wird, ist der Marinestation der Nordsee zugeweiht worden.

× Mit dem Bau der beiden letzten Linienschiffe des diesjährigen Etats wird, nach der „Kreuztg.“, nicht vor dem Herbst begonnen werden können. Die aus Kiel kommende Nachricht, daß die Bauaufträge für die beiden Schiffe schon an die Kaiserliche Werft in Kiel und an die Vulkanwerft in Stettin erteilt worden seien, ist unzutreffend.

Ausland.

Die Befestigung Kopenhagens.

L. C. Aus Kopenhagen schreibt man uns: Die innerpolitische Lage in Dänemark ist nach dem Ausgang der kürzlich vollzogenen Volksstimmwahlen fast so unklar und verworren wie die innere Lage in Deutschland jetzt angelehnt der Finanzreform. Die Landesverteidigungsfrage, d. h. genauer gesagt, die Frage, ob Kopenhagen von der See- und von der Landseite oder nur von der See- oder gar nicht befestigt werden sollte, bildete den alleinigen Gegenstand des Wahlkampfes. Die Wahlen brachten keine klaren Mehrheiten. Es gewann sowohl die Partei, die am weitesten ging in der Landesverteidigung, die Rechte, wie andererseits diejenigen Gruppen an Mandaten oder wenigstens an Stimmen gewannen, die ganz gegen eine Befestigung sind, die Radikalen und die Sozialdemokraten. Die Regierungspartei (Neergaard) und die Partei des früheren Ministerpräsidenten Christensen gingen an Mandatsziffern zurück. Die Volksstimmung scheint sich dahin zu teilen: hier volle Befestigung Kopenhagens, dort gar keine!

Die Situation ist nun folgende: Die Regierung könnte für die Befestigung lediglich zur See — die sie aber nicht will — eine Mehrheit geminnen aus der Rechten und den beiden Parteien Neergaard und Christensen von zusammen 70 Stimmen gegen 44. Wenn aber die Regierung mit ihrem Vorschlage der Landbefestigung wieder herauskommt, so gerät sie in die Minderheit mit 43 Stimmen. Die Antimilitaristen haben nur 44 Mandate, sie können also vorläufig auch nicht die Regierung übernehmen. Die Regierung will auch trotz ihres Mißtrauens vorläufig am Ruder bleiben und verlohnen, eine mittlere Linie zwischen der See- und Landbefestigung und der Mithingunahme der Landbefestigung zu gewinnen. Ob dies gelingen wird, steht sehr dahin, denn die Mehrheit der Wählererschaft ist so ausgesprochen gegen jede Landbefestigung, daß auch Herr Christensen, der mit seiner Partei das „Jüngling an der Wage“ bildet, in dieser Beziehung keinen Kompromiß wagen darf. Die Ablehnung aller Vorschläge mit verhängenen Mehrheiten dürfte dann das Wahrscheinlichste sein. Bei der scheinbaren Unmöglichkeit einer Lösung der Schwierigkeiten dürfte Neergaard schließlich doch zurücktreten, entweder folgt ein reines Arbeitsministerium, oder die dänische Politik schlägt, die Landbefestigungsfrage zunächst ganz liegen lassen, unter der Leitung der Radikalen neue Bahnen ein. Jedenfalls ist die Situation sehr ernst und schwierig.

„Unpatriotische Engländer“.

Wie aus London gemeldet wird, schämt der „Standard“ vor Wut über die unpatriotischen Engländer, die anstatt die deutschen Einrichtungen auf sozialpolitischem Gebiete zu studieren, vaterlandsfeindliche Reden hielten. Er fragt:

„Was würde man in Deutschland sagen, wenn die englische Regierung Herrn Bebel oder andere Sozialistenführer, die London besuchten und dort die deutsche Flottenpolitik beurteilten, solche Ergründungen erweise, wie sie die Staatssekretäre Beismann-Hollweg und Dernburg den englischen Besuchern erweisen haben? Diese Ergründungen wären lediglich eine Falle, die den Besuchern gelegt wurde, um sie für Deutschland günstig zu stimmen und den Eindruck hervorzuheben, daß England von Deutschland nichts zu fürchten habe. Auf diese Art soll England eingeführt werden und alle Engländer, die Deutschland besuchen, veranlaßt werden, als Apollon der Verminderung der englischen Rüstungen tätig zu sein.“

Es ist wirklich bedauerlich zu sehen, wie ein früher angelegenes Blatt sich heute jeder Aeusserung gesunden Menschenverstandes und gesunder Friedensliebe feindselig gegenüberstellt.

Herrscherbegegnungen und kein Ende.

Ein Besuch der holländischen Königin in England? Zu den zahlreichen Manövern-Entzweien dieses Jahres soll sich eine weitere gesellen, die eines besonderen politischen Hintergrundes nicht entbehrt, wenn man bedenkt, daß die holländische Rüstung für alle strategischen Operationen nach oder von England von hervorragender Bedeutung ist. Ueber die Wahrscheinlichkeit eines Besuchs des holländischen Herrscherpaares am englischen Hof wird berichtet:

Rotterdam, 8. Juni. Die „Settoenbosche Courant“, eine Provinzialzeitung mit Haager Verbindung, glaubt die Wünsche von einem im Herbst bevorstehenden Besuch der Königin Wilhelmina und des Prinzen

Heinrich in England bekräftigen zu können. Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich werden sich danach am 6. September an Bord eines holländischen Kriegsschiffes in Rotterdam einschiffen und von einer holländischen Flottille nach Dover eskortiert werden. Der Prinz und Prinzessin von Wales werden das königliche Paar begleiten und im Sonderzug nach London begleitet. Nach dem drei Tage umfassenden Londoner Programm sollen ein Galaaufführung im Coventgarden-Theater, ein Empfang bei der Guildhall, eine Truppenparade in Whitehall und ein Banket in der holländischen Legation. Den letzten Teil der Woche verbringen die Königin und der Prinz in Windsor, von wo sie nicht vor dem 14. September abreisen. In Windsor werden glänzende Festlichkeiten veranstaltet. Die Königin wird mit den gebräuchlichsten Zeremonien des Großherzogs von Bath-Sirens und der Prinz das Großherzogtum des Sterns erhalten.

Zu gleicher Zeit werden im Schloß in Windsor die Prinzessin-Mutter von Rußland, der König und die Königin von Norwegen mit ihrem Sohne, der Königin und der Königin von Dänemark und der Königin von Griechenland verweilen.

Die türkisch-griechische Spannung.

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so hat sich auf der Insel Kreta ein Jähling angebahnt, dessen Explosions in allernäherer Zeit erfolgen muß, falls keine Besichtigung unterbleibt. Ein Massenangriff zwischen Griechenland und der Türkei würde von neuem den gesamten und knapper Not beruhigten — Balkan in Aufruhr versetzen und muß unter allen Umständen verhindert werden. Die beste Lösung wäre freilich, wenn die Türkei zu Gunsten Griechenlands auf die Insel verzichtete, deren Bevölkerung früher oder später doch den Ansturm an das Mutterland erzwingen wird. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, scheint aber eine derartige Haltung der Pforte fast ausgeschlossen; im Gegenteil, die türkische Regierung tritt an die Spitze mit dem Entschluß, heranzutreten, bis der Ausbruch ihrer Hoheitsrechte auf Kreta heftiglich zu sein.

Berlin, 8. Juni. Der „Ag. Havas“ wird aus Konstantinopel berichtet, daß die Türkei die Mächte aufgefordert hat, vorläufig noch die internationalen Truppenkontingente in Kreta zu belassen; bei Klärung Kretas durch die Truppen würde die Türkei sich das Recht vorbehalten, fernere Verletzungen des gouvernementalen Status quo, wie sie solche seit Erklärung der Angliederung an Griechenland geduldet hat, mehr zuzulassen und somit auf den vorherigen Stand der Dinge zurückkommen. Aus London wird der „Ag. Havas“ gemeldet, die vier Schutzmächte hätten noch keine Entscheidung getroffen, um im Falle der Klärung Kretas durch die internationalen Truppen den Status der ottomanischen Frage lösen zu können.

Selamit, 8. Juni. Die Kretafrage wird an höhere maßgebende Stellen ernst betrachtet. Ein Ministerialerlass ordnet an, daß sämtliche nach der griechischen Grenz überführenden Militärtruppen eilig inland geleitet werden. Die Bestände der Militärdepots an Gewehren und Munition wurden ergänzt.

Auch auf griechischer Seite sagt man, wie aus dem folgenden Telegramm hervor geht, die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen sehr ernsthaft ins Auge:

Athen, 8. Juni. Verschiedene Blätter melden, die Regierung beabsichtigt außer den vier Reserveflotten, die an den jährlichen Manövern in Thessalien teilnehmen sollen, noch weitere 4 Reserveflotten demnächst einzuwerben, um so ein Heer von 5000 Mann in Thessalien aufzustellen zu haben. Auch der griechischen Flotte wurde aufgegeben, sich in zwei Geschwadern zu formieren, von denen das eine im Jonischen, das andere im Ägäischen Meer Übungen abhalten soll.

Neue Megeleien in Kleinasien.

Aus Aleppo wird gemeldet: Das Vorgehen der türkischen Behörden in Adana, wo 12 Rädelsführer, darunter 6 Armenier, gefestigt wurden, wurde vom Vöbel, der 6 Wochen dem Golf und dem Gebirge nördlich und östlich der Provinzstadt Alexandrette wohnte, mit der angeordneten Mischelei beantwortet. Etwa 100 Personen sind hierbei umgekommen. Die Bewegung hätte sicher noch einen größeren Umfang angenommen, wenn nicht die Turkei davon, daß die Behörden ebenso streng wie in Adana Strafen überbrachten, alles zurückgehalten hätte. Das jungtürkische Komitee hat alles getan, um eine Störung zu vermeiden. Die Lage bleibt ernst.

Die franco-italienische Verbündungsfeier.

Anlässlich der Jubelfeier der französisch-italienischen Waffenbrüderschaft fand, wie aus Mailand berichtet wird, dort ein großes Bankett statt, an dem der Herzog von Genoa teilnahm. Von französischer Seite war die Anwesenheit von General Epinette erschienen; außerdem waren 102 Offiziere der italienischen Armee vertreten. Der Bürgermeister von Mailand feierte in einer Rede die Taten der französischen und italienischen Armee und trank auf das Wohl der französischen Gäste. General Epinette erwiderte und trank auf das Wohl König Viktor Emanuels.

Ein Erfolg des Extronprinzen Georg.

Die Streitlässe zwischen dem serbischen Extronprinzen Georg und dem Major Danonitsch, die mehrfach in unklarer Weise aufgewirrt, erregte, scheint nun leidet, daß zu Gunsten des Majors entschieden worden zu sein. Bekanntlich hatte der Prinz allerdahin schwere Vorwürfe ausgesprochen für den Fall, daß sein Gegner nicht gemäßregelt werden würde. Offenbar hat man nun in Serbien vor dem „Trafalgar“ des alten Prinzen einen derartigen Respekt, daß man es für klüger hielt, nachzugeben. Das folgende Telegramm berichtet kurz die Benennung des Majors.

Belgrad, 9. Juni. Der serbische Major Danonitsch, der mit dem Prinzen Georg bekanntlich schwere Auseinandersetzungen hatte, wurde gestern pensioniert.

Sechster deutscher gewerblicher Genossenschaftstag.

S. u. H. Berlin, 8. Juni. Unter zahlreicher Beteiligung begannen heute im Lehrervereinssaal die Verhandlungen des sechsten deutschen gewerblichen Genossenschaftstages, den der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften nach Berlin einberufen hatte. Gleichzeitig fanden die vorbereitenden Tagkonferenzen der einzelnen Berufsgruppen

